

ESSAY

# GEBILDE UND IHRE SCHÖPFER

EUROPAS PROTEKTORATE AUF DEM WESTLICHEN BALKAN

VON GERHARD SPÖRL

Wahrscheinlich gibt es kaum jemanden, der sich so gut auskennt auf dem Balkan, diesem gering geachteten Teil Europas, wie Valentin Inzko. Er hat familiäre Wurzeln in Slowenien, er spricht Russisch, Serbokroatisch und Tschechisch. Das ist selbst für einen österreichischen Karriere-Diplomaten ungewöhnlich. Inzko, 60, ist das wandelnde Gesamtwissen über Geschichte und Gegenwart dieser Länder, die nun allesamt in die Europäische Union aufgenommen werden wollen. Die internationale Gemeinschaft hat den Kenner Inzko nach Bosnien-Herzegowina geschickt und ihn mit zwei monströsen Titeln versehen: Hoher Repräsentant der Vereinten Nationen und EU-Sonderbeauftragter. Das klingt gut, er ist auch wirklich wer in Sarajevo, eine Art Prokonsul, der Minister und andere Mitglieder der heimischen Elite absetzen darf.

Denn Bosnien-Herzegowina ist heute so ein Land, wie es der Irak vor kurzem noch war: Ein schrecklicher Krieg – rund 100 000 Tote – hat tiefe Wunden geschlagen, das Land ist besetzt, es gibt tiefe ethnisch-religiöse Konflikte. Beim Regeln der Dinge haben Inzko und seine 6 Vorgänger sage und schreibe 600 Amtsinhaber, darunter 2 Staatspräsidenten, entlassen. Vermutlich ein Weltrekord.

Auf dem Balkan versucht sich die Europäische Union, wovon Amerika gerade abgekommen ist: im „Nation Building“. Inzkos Aufgabe ist es, diesen seltsamen Kunststaat mit vier Millionen Menschen in einen Rechtsstaat, in eine Marktwirtschaft und in eine parlamentarische Demokratie zu verwandeln. Doch während der Irak nach und nach in die Hände der einheimischen Elite übergehen soll, bleiben die Kunstprodukte auf dem Balkan, neben Bosnien-Herzegowina gibt es da ja auch noch das Kosovo, im Zustand größtmöglicher Abhängigkeit von den Heerscharen aus Beamten, Soldaten und Fachkräften, mit denen die internationalen Organisationen sie beschicken. Es gibt keinen Zeitplan für die allmähliche Übergabe der Macht an die nationale Regierung – Europa hat keine „Exit-Strategie“, wie das unter Strategen heißt.

So bleiben die Kunstprodukte auf unabsehbare Zeit abhängig von ihren Schöpfern. Aber Abhängigkeit macht süchtig. Abhängigkeit schafft, was sie ausmerzen soll, zum Beispiel Korruption. Ein Premierminister in Sarajevo starb vor Jahren ganz unerwartet. Auf seinen Konten lagen 20 Millionen Euro, bei einem Gehalt von 1000 Euro. Zur Korruption neigt aber nicht nur die heimische Elite. Offenbar haben im Kosovo Angehörige der internationalen Organisationen 60 Millionen Euro beim Bau eines Flughafens und mehrerer Elektrizitätswerke abgezweigt.

Abhängigkeit macht gierig. Auch wenn sie im Namen der Humanität auftritt, verlängert sie das Übel, das sie bekämpfen will.

Und Abhängigkeit ist eine gute Ausrede, für die Abhängigen wie die wohlmeinende Weltgemeinschaft: Die Abhängigen behaupten, sie würden gern selbst regieren, dürften ja aber nicht. Die Weltgemeinschaft verweist auf den Mangel an Reife in Demokratie und verlängert die Verweildauer. Aus dem Provisorium wird schleichend ein Dauerzustand.

Bosnien-Herzegowina ist ein Kuriosum. Es besteht aus zwei sogenannten Entitäten: für die muslimischen Bosnier und die überwiegend katholischen Kroaten. Dazu gibt es noch die Republika Srpska für die orthodoxen Serben. Das ganze kleine Land, ethnisch gespalten, leistet sich 3 Präsidenten, 14 Parlamente und 180 Minister.

Kein Staat. Ein Gebilde. Ein Monstrum. Ein Protektorat. Die Europäische Union lässt in regelmäßigen Abständen weitschweifige Berichte über die Lage im Land anfertigen, die sich eindrucksvoll lesen, aber mit der Wirklichkeit wenig zu tun haben.

Es gab gute Gründe, so ein Protektorat zu schaffen, damals, 1995, nach dem schrecklichsten aller schrecklichen Kriege, den Serbien seit Anfang der neunziger Jahre gegen den Verfall des alten Jugoslawien entfachte. Europa schaute fassungslos zu, als sich Muslime, Serben und Kroaten

gegenseitig umbrachten. Europa lernte Srebrenica kennen, den Ort des Massenmordes an Muslimen in Anwesenheit niederländischer Soldaten.

Europa hat damals schmerzlich bewiesen, dass es keine Ordnungsmacht sein will. Daher musste es Amerika richten, genauer gesagt Richard Holbrooke, der Dynamiker unter den US-Diplomaten, der heute auf dem Balkan einen Ruf wie Donnerhall hat. In der amerikanischen Stadt Dayton tüftelte er das Kunstprodukt auf dem Westbalkan aus. Die Bosnier, Kroaten und Serben sollten miteinander leben, trotz der Greuel in Srebrenica, trotz der Zerstörung Sarajevos. Sie wollten es damals nicht und finden heute viele Ausreden, warum es nicht vorangeht. Und natürlich sind immer die jeweils anderen schuld.

Im Jahr 1995 atmete die Welt auf, als das Morden endlich aufhörte. Die internationalen Organisationen eilten nach Bosnien-Herzegowina, um den Frieden zu sichern und zu regeln. Aber wieder ist es so ähnlich wie im Irak: Den Krieg zu beenden ist das eine, das andere aber ist es, ein Land für den Frieden zu organisieren, für den es irgendwann selbst verantwortlich sein soll.

Europa war ziemlich hilflos, als das Morden begann, Europa hat Angst, dass es wieder mit dem Morden losgehen könnte, wenn die Bosnier mit den Kroaten und den Serben allein gelassen werden, und deshalb findet die humanitäre Fremdherrschaft kein Ende.



*Eufor-Soldat in Bosnien-Herzegowina*

**Ein Land mit 3 Präsidenten, 14 Parlamenten, 180 Ministern – ein Monstrum.**



Das geht so seit 14 Jahren. Es kostete rund 13 Milliarden Euro an Aufbauhilfe, wahrscheinlich noch einmal 13 Milliarden verschlangen die Gehälter der Helfer. Der Mann, der in Europa dafür zuständig sein sollte, ist Javier Solana, der Chefdiplomate der EU. In Bosnien-Herzegowina gilt er nicht zu Unrecht als Garant des unhaltbaren Status quo.

Wie in Bosnien-Herzegowina herrscht auch im Kosovo eine gefräßige, verantwortungslose Elite, die nur zu oft die Grenze zum organisierten Verbrechen überschreitet, wie jeder zu hören bekommt, der sich dort erkundigt. Es ist ja nicht so, dass diese beiden Länder nichts aus eigener Kraft tun könnten, sie wollen es nur nicht, solange sie nicht müssen.

Seit 1999 schickten die Vereinten Nationen 70 663 Mitarbeiter ins Kosovo, dafür bedurfte es 2,5 Milliarden Euro. Schätzungsweise 33 Milliarden Euro hat die Weltgemeinschaft für den Aufbau dieses kleinen Landes seither ausgegeben, rund 18 300 Euro pro Einwohner. Eine Geberkonferenz genehmigte zuletzt weitere 1,2 Milliarden Euro für allerlei Projekte, von der Bildung über Gesundheit bis zur Landwirtschaft. Die EU schießt 500 Millionen Euro zu, Deutschland ist mit 100 Millionen dabei.

Dem Kosovo kommt ein eigenes Kapitel in den deutschen Geschichtsbüchern zu, weil die Regierung Schröder/Fischer dort erstmals seit 1949 Krieg führen ließ. Die Begründung fiel damals hypermoralisch aus: Ein neues Auschwitz drohe dort unten, sagte der grüne Außenminister. Anders waren die Deutschen nicht zu bewegen, das Richtige zu tun, dachte wohl Fischer, vermutlich zu Recht. Slobodan Milošević musste endlich Einhalt geboten werden. Und wieder brachten die USA die Sache in Ordnung. Europa, allein unentschlossen, machte unter viel Tamtam mit.

Deutschland spielte erneut eine herausgehobene Rolle, als das kleine Kosovo aus der serbischen Unmündigkeit in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Bis zuletzt bemühten sich die Deutschen im Auftrag der EU, Serben und Russen davon zu überzeugen, es gebe keine Alternative. Die Verhandlungen, Übungen in Geduld, zogen sich fast ein halbes Jahr hin. Es war eine Alibiveranstaltung, aber hilfreich, denn das Schlimmste blieb dann aus, als das Kosovo im Februar 2008 seine Fahne aufzog und die Nationalhymne spielte. Die serbische Minderheit im Norden spaltete sich nicht ab. Die neue Regierung in Belgrad spielte nicht mit dem Feuer. Rundum ein Erfolg.

Und was fängt man damit an? Es wäre angemessen, über ein Ende in Etappen nachzudenken, über eine Exit-Strategie. Das Gegenteil ist aber der Fall. Die internationale Gemeinschaft geht jetzt daran, das Protektorat Kosovo, ein Land mit 1,8 Millionen Einwohnern und einer geschätzten Arbeitslosigkeit von 70 Prozent, abzurunden. Hier gibt es nur zwei größere Ethnien, die serbische Minderheit und die albanische Mehrheit. Ein Staat wäre dazu da, ihr Nebeneinander möglichst konfliktfrei zu regeln. Dafür gibt es eine Regierung in Priština, die für das Ganze und nicht für nur einen Teil verantwortlich sein müsste. Immerhin, zehn Jahre sind seit dem Krieg vergangen. Doch Uno und EU machen weiter wie bisher. Sie organisieren das Nebeneinander, das Berührung nicht vorsieht. Sie nehmen Rücksicht, viel Rücksicht. Zu viel.

Auf dem Balkan wird, anders als in Afghanistan, nicht mehr gestorben. Deshalb gibt es keine öffentliche Debatte über Nutzen und Dauer der pädagogischen Anleitung zur Gründung neuer Staaten. So dürfen Großbürokratien riesige Mengen an Geld einsetzen, das niemand zu vermissen scheint. Weder Nicolas Sarkozy

noch Angela Merkel finden das Projekt Balkan problematisch oder regen an, es zu überdenken. Und da den meisten Regierungschefs ohnehin vor der nächsten Runde der EU-Erweiterung graut, wenn sie alle hineinwollen, von Bosnien-Herzegowina bis Albanien, mag jetzt niemand davon reden.

Die Arbeit am Gebilde Kosovo schreitet voran. Eigentlich sollten die Vereinten Nationen schon vor einem Jahr von der Europäischen Union als Nation-Builder abgelöst werden. 2200 Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Zöllner wollen den Kosovaren den Rechtsstaat beibringen, es ist der größte zivile Einsatz in der Geschichte der EU. Dabei sollen sie auch noch herausfinden, wo 3000 Vermisste (Albaner, Serben, Roma) geblieben sind, und 1500 Verfahren wegen Kriegsverbrechen einleiten.

Den Wechsel in der Verantwortung hat der Uno-Generalsekretär vereitelt. Nun bleibt die Uno im Land und ist fortan zuständig für den Umgang mit der serbischen Minderheit. Darauf hatte die Regierung in Belgrad gedrängt. Auch sie kann gute Gründe anführen: Die Regierung Tadić lehnt sich nicht an Russland an wie ihre Vorgänger, sie ist europafixiert, ein erstaunlicher Fortschritt. Aber gerade deshalb kann sie noch nicht auf nationale Ansprüche im Kosovo verzichten, sonst steht sie als Vaterlandsverräterin da.

So kommt es zur Doppelverwaltung im Kosovo: Europa kümmert sich um die Albaner, die Mehrheit, die Uno um die Serben, die Minderheit. Komplizierte Veränderungen an komplizierten Problemen, so kompliziert, dass eine Lösung in weite Ferne rückt.

Man könnte es die europäische Krankheit nennen, das Äquivalent zur Schweinegrippe, eine langanhaltende Epidemie, in Ausnahmen tödlich, immer beunruhigend.

Natürlich sind die beiden Länder auf dem westlichen Balkan keine leichten Fälle. Bosnien-Herzegowina stand 450 Jahre unter osmanischer Herrschaft, dann war es 40 Jahre lang Bestandteil der k. u. k. Monarchie. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde es dem Königreich Jugoslawien zugeschlagen,

nach dem Zweiten Weltkrieg dem Tito-Reich des Sozialismus. Das Kosovo, lange ein Teil Serbiens, träumte vom Anschluss an Albanien. Jetzt träumen beide Länder von der Aufnahme in die EU, genauso wie Albanien, Montenegro, Serbien oder Mazedonien. Sie müssen erst laufen lernen, aber wie lange wird ihnen das Laufen beigebracht?

Einem Land Demokratie und Rechtsstaat einzupflanzen ist eine gute Sache. Es kann dauern, bis dieses Land stabil genug für die Unabhängigkeit ist. Vermutlich ist es auch ungemein schwierig, den richtigen Zeitpunkt für den Rückzug der Aufbauhelfer zu finden. Darin liegt immer ein Risiko. Rückschläge kann es geben, anders ist Fortschritt jedoch nicht zu haben. Irgendwann muss es sein mit dem Ausgang aus der Unmündigkeit.

Es empfiehlt sich wieder einmal, von den Amerikanern zu lernen. Sie haben große Fehler gemacht, sie haben die Methode geändert, sie haben einen Zeitplan aufgestellt, wann sie sich aus dem Irak zurückziehen. Sie halten sich daran, sie wollen Glaubwürdigkeit zurückerobern. Es geht voran, Etappe für Etappe. Da ist nun ein Premierminister in Bagdad, der die nötige Härte für den Übergang aufzubringen scheint und sich fürs Ganze zuständig fühlt, nicht nur für einen Teil. Der Irak will alleine laufen.

So kann es gehen – wie sollte es sonst gehen? Nichts ist perfekt in der Welt, schon gar nicht ein Kunstgebilde, das seine Schöpfer nicht loslassen wollen. ◆



Unabhängigkeitsfeier im Kosovo 2008

### Aus Angst vor neuem Morden dauert die humanitäre Fremdherrschaft an.